

VERMERK

Betr.: **Aufzeichnung über die Plenartagung
- 15.-16. April 2002, Brüssel**¹

I. Eröffnung der Plenartagung

Der Vorsitzende des Konvents, Herr Valéry Giscard d'Estaing, hat die Tagung eröffnet. Er wurde dabei von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Giuliano Amato, unterstützt.

Er beglückwünschte Herrn PETERLE, dass er von den Vertretern der nationalen Parlamente der Bewerberländer als Gast im Präsidium ausgewählt wurde.

Er erinnerte die Mitglieder des Konvents daran, dass das Präsidium - wie bereits in Dokument CONV 18/02 angekündigt - beschlossen hatte, dass die dem Konvent angehörenden Mitglieder aus den Bewerberländern sich in ihrer Sprache äußern können. Er erläuterte die Regelungen für das Dolmetschen.

Er machte die Konventsmitglieder darauf aufmerksam, dass sie zur Belegung der Aussprache nach jeder Serie von fünf Beiträgen gemäß der Rednerliste Stellung nehmen könnten, indem sie den Vorsitzenden der Sitzung durch Hochhalten einer blauen Karte um das Wort ersuchten. Dieses Verfahren werde versuchsweise über eine oder zwei Tagungen angewendet. Danach werde seine Funktionsweise beurteilt.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Kommission dem Konvent eine Mitteilung mit Informationen über die Zukunft der Europäischen Union aus der jüngsten Ausgabe des Eurobarometers übermittelt habe. In dieser Mitteilung kämen die Erwartungen der Bürger an Europa sehr klar zum Ausdruck.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung ist auf der Website www.european-convention.eu.int einzusehen.

II. Allgemeine Aussprache: Die Aufgaben der Europäischen Union

Einleitung

Der Vorsitzende Giscard d'Estaing eröffnete die Aussprache mit dem Hinweis, dass mehrere Dokumente zu diesem Thema an den Konvent gerichtet worden seien, zum einen von Mitgliedern des Konvents und zum anderen vom Präsidium, das zwei Dokumente übermittelt habe, und zwar ein Dokument zur Regelung des Ablaufs der Aussprache, das spezielle Fragen zu den Aufgaben der Europäischen Union enthalte (Dokument CONV 16/02), und ein zweites Dokument mit einer Beschreibung der Verteilung der Zuständigkeiten in der Europäischen Union (Dok. CONV 17/02).

Die Mitglieder des Konvents meldeten sich mit 86 Beiträgen zu Wort.

Erste Frage: Umfang der Aufgaben der Union

Die erste an den Konvent gerichtete Frage sollte Klarheit darüber verschaffen, ob der Union unter Berücksichtigung ihrer neuen Dimension, des heutigen internationalen Umfelds, ihres jetzigen Auftrags und der Erwartungen ihrer Bürger eine größere Zahl von Aufgaben übertragen werden sollte und - wenn ja - welche Aufgaben hinzukommen sollten oder ob ihre Aufgaben eher eingeschränkt werden sollten und welche Aufgaben in diesem Fall an die Mitgliedstaaten zurückzugeben wären.

1. Allgemeine Fragen

Im Konvent zeichnete sich weitgehend die Ausrichtung ab, dass die derzeitigen Errungenschaften der Union nicht in Frage gestellt werden dürfen; lediglich zwei Mitglieder hatten die Rückgabe bestimmter Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten befürwortet.

Einige Redner wiesen darauf hin, dass es schwierig sei, eine Abgrenzung nach Sachgebieten vorzunehmen, und dass vielmehr eine Abgrenzung nach dem Intensitätsgrad der Maßnahme und des jeweiligen entsprechenden Bereichs im Wege der Festlegung von Aktionsmitteln geboten sei.

In diesem Sinne betonten mehrere Mitglieder, dass es notwendig sei, die Frage der Aufgaben der Union zusammen mit der Frage der Regelung der Zuständigkeiten und des Instrumentariums zu prüfen. Diesbezüglich wurde der Wunsch geäußert, dass aus dem Vertrag

eindeutig hervorgehe, wer welche Zuständigkeiten habe, indem für jeden Politikbereich das Ausmaß der Zuständigkeit der Union angegeben werde.

Mehrere Mitglieder äußerten den Wunsch, dass die Struktur der drei Säulen zu Gunsten einer einzigen institutionellen Struktur aufgegeben werde.

2. Aufgaben der Union, die von einer großen Anzahl der Redner unterstützt wurden

Die Mehrheit der Redner erklärte, dass es notwendig sei, die Aufgaben der Union in zwei Bereichen zu erweitern, und ihr die erforderlichen Kompetenzen für die Ausübung dieser Aufgaben zu übertragen, und zwar im Bereich

- der gemeinsamen Außenpolitik, damit die Präsenz und das Tätigwerden der Union auf der internationalen Bühne, insbesondere beim Krisenmanagement, verstärkt werden könne. Die Union müsse in der Lage sein, wirkungsvoll auf die neuen Herausforderungen der internationalen Politik zu reagieren.
- der Politik in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Justiz, damit die Union wirkungsvoller vorgehen könne, insbesondere gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität, die illegale Einwanderung, den Drogenhandel und den Menschenhandel. In diesem Zusammenhang sprachen sich einige Redner für die Einsetzung eines gemeinsamen Grenzschutzdienstes aus.

Zahlreiche Mitglieder wünschten ferner

- ein Leitungsgremium für die Wirtschaftspolitik als logische Folge der Währungsunion;
- eine Bezugnahme auf die Menschenrechte durch Aufnahme der Grundrechtecharta in die Verträge. Angeschnitten wurde die Frage, ob die Union Rechtspersönlichkeit erhalten und der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten sollte;
- eine Verbindung zwischen der Außenpolitik und der Entwicklungshilfepolitik.

3. Weitere zur Sprache gebrachte Aufgaben der Union

Einige Mitglieder wünschten außerdem, dass die Union auch verstärkt in folgenden Bereichen tätig wird:

- Umwelt,
- Forschung und Innovation,
- Lebensmittelsicherheit,
- Versorgungssicherheit.

4. *Aufgaben, über die unterschiedliche Auffassungen herrschten*

Mehrere Mitglieder wünschten sich ein Tätigwerden der Union in folgenden Bereichen:

- wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und Entwicklung eines europäischen Sozialmodells, wobei sie einen europäischen Sozialvertrag verlangten, der den Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten Rechnung trägt,
- Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung,
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Einige sprachen sich für eine eigene steuerliche Regelung für die Union aus. Andere Redner wiederum waren der Ansicht, dass dies nicht notwendig sei.

In Bezug auf Bildung und Berufsausbildung forderten einige Mitglieder die Einrichtung eines europäischen Bildungssystems, während andere wünschten, diese Fragen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten zu belassen.

5. *Die Aufgaben der Mitgliedstaaten*

Was diejenigen Aufgaben anbelangt, die weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollten, so nannten die Mehrheit der Redner, die auf diese Frage eingingen, die folgenden Bereiche:

- interne Organisation der Staaten,
- öffentlicher Dienst,
- Kultur,
- Sozialversicherung.

Einige dieser Redner wiesen darauf hin, dass es sich um Beispiele handele und keinesfalls um eine vollständige Aufzählung.

Allerdings wurde festgestellt, dass der Umstand, dass die Union nicht unmittelbar in diesem Bereich tätig wird, sie nicht daran hindern dürfte, gegebenenfalls die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in diesen Bereichen zu fördern und/oder die Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu unterstützen.

Zweite Frage: Kriterien, anhand deren entschieden werden kann, welche Aufgaben auf der Ebene der Union versehen werden sollten

Mit der zweiten an den Konvent gerichteten Frage sollen die Kriterien festgelegt werden, anhand deren entschieden werden kann, welche Aufgaben durch die Union versehen werden sollten und die Grundsätze aufgestellt werden, auf die sich der Konvent im Hinblick auf diese Entscheidungen stützen sollte.

Die Erwartungen der Bürger sollten nach Ansicht der Mitglieder des Konvents maßgeblich für die Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten sein.

In diesem Zusammenhang wies die große Mehrheit der Redner auf folgende Kriterien hin:

- das Kriterium der Subsidiarität: Die Union wird nur in den Bereichen tätig, in denen sie aufgrund der grenzüberschreitenden Aspekte der Maßnahme allein dazu befugt ist oder in den Bereichen, in denen sie wirksamer als die einzelnen Mitgliedstaaten tätig werden kann. Einige Redner betonten, dass es notwendig sei, den Grundsatz der Subsidiarität stärker anzuwenden.
- das Kriterium der Verhältnismäßigkeit: Die Maßnahme der Union darf nicht über das für die Erreichung der verfolgten Ziele erforderliche Maß hinausgehen.

Einige Redner sprachen auch den Grundsatz der Solidarität an.

Dritte Frage: die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten

Mit der dritten an den Konvent gerichteten Frage sollte insbesondere geklärt werden, ob die Verträge ausdrücklich festlegen sollten, dass die Zuständigkeiten, die nicht zu den Aufgaben der Union gehören, bei den Mitgliedstaaten verbleiben oder ob diese vielmehr in den Verträgen genannt werden sollten und nach welchen Kriterien in diesem Fall zu verfahren ist. Ferner wurde die Frage gestellt, welche Grundsätze der Konvent als Grundlage für die entsprechenden Entscheidungen heranziehen sollte.

Die meisten Redner bekräftigten, dass in den Verträgen ausdrücklich der Grundsatz formuliert werden müsse, wonach die Aufgaben, die nicht durch die Verträge an die Union übertragen wurden, weiterhin bei den Mitgliedstaaten verbleiben, jedoch ohne im Vertrag eine Aufzählung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten vorzunehmen. Tatsächlich waren die meisten Mitglieder des Konvents der Auffassung, dass die Erstellung eines solchen Zuständigkeitskatalogs die Gefahr in sich berge, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten starr festgelegt würden, was im Widerspruch zu dem Erfordernis der Flexibilität stünde, die notwendig sei, um sich an neue Verhältnisse anpassen zu können. Einige merkten an, dass es angesichts des Grundsatzes, wonach Zuständigkeiten, die nicht der Union übertragen werden, bei den Mitgliedstaaten verbleiben, schwierig sei, eine Aufzählung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten vorzunehmen.

Vierte Frage: Entwicklung der Zuständigkeiten

Die letzte an den Konvent gerichtete Frage lautete, ob die Aufgaben der Union jetzt für alle Zeit festgeschrieben werden sollten oder ob die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung vorgesehen werden sollte.

Flexibilität der Regelung der Kompetenzverteilung

Die große Mehrheit der Redner sprach sich für eine flexible Regelung der Kompetenzverteilung aus, die eine gewisse Anpassung der Aufgaben der Union an die neuen Herausforderungen ermöglicht und mit den Erwartungen der Bürger am Besten entsprochen werden kann. Mehrere erklärten in diesem Zusammenhang, dass die Flexibilität und die Dynamik, die im Mittelpunkt der bisherigen Entwicklung der Union standen und eine ihrer Stärken sind, erhalten bleiben sollten. Ein System der Aufzählung, sei es der Zuständigkeiten der Union oder der der Mitgliedstaaten, stehe im Widerspruch zu dieser Flexibilität. In diesem Zusammenhang wurde als Beispiel angeführt, dass die derzeitige Flexibilität es der Union ermöglicht habe, sich mit der Asylproblematik zu befassen oder die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr anzunehmen.

Einige Redner hoben hervor, dass es für die Beschlussfassung eher klarer und demokratischer Grundsätze bedürfe als eines starren Systems der Kompetenzverteilung. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass die Artikel 95 und 308 des EG-Vertrags beibehalten werden müssten.

Überwachung der Einhaltung des Grundsatzes der Kompetenzverteilung und des Subsidiaritätsprinzips

Der großen Mehrheit der Redner zufolge müsste dieses flexible System der Kompetenzverteilung mit der Einsetzung effizienter Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung des Grundsatzes der Kompetenzverteilung und des Subsidiaritätsprinzips einhergehen, wobei die Überwachung der tatsächlichen Anwendung der genannten Grundsätze als beste Garantie für deren Einhaltung angesehen wird. Die meisten dieser Kontrollen setzen die Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente voraus. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die einzelstaatlichen Parlamente schon jetzt die Einhaltung des Grundsatzes der Kompetenzverteilung und des Subsidiaritätsprinzips in bestimmten Bereichen überwachen können, sofern diese Fragen auf nationaler Ebene erörtert werden.

Es wurde über die Frage beraten, ob für diese Kontrollen ein neuer Mechanismus notwendig ist und ob dieser politischer oder gerichtlicher Natur sein sollte. Die meisten Redner sprachen sich für einen vorherigen oder nachträglichen Überwachungsmechanismus, der aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente besteht, aus, wobei ein Teil von ihnen ferner die Einbeziehung von Vertretern des Europäischen Parlaments befürwortete. Einige sprachen sich für einen gerichtlichen Mechanismus aus, wobei sie an einen aus Mitgliedern der einzelstaatlichen Verfassungsgerichte bestehenden Gerichtshof oder an ein System der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Gerichtshof und den einzelstaatlichen Verfassungsgerichten dachten.

Schließlich wünschten einige eine Beteiligung der Regionen an einer solchen Überwachung, insbesondere der Regionen mit legislativen Befugnissen, wobei sie jedoch erklärten, dass die Kompetenzverteilung zwischen den Bundesstaaten und ihren föderativen Gebietseinheiten weiterhin von den betroffenen Mitgliedstaaten geregelt werden sollte.

Schließlich wurde die Notwendigkeit angesprochen, neue Modalitäten für die Überarbeitung der Verträge festzulegen, nämlich strengere Modalitäten für die grundlegenden Bestimmungen und flexiblere für alle übrigen.

III. Tagung des Jugendkonvents

Der Konvent nahm das ihm vorgelegte Dokument mit Vorschlägen zur Abhaltung eines "Konvents der Jugend Europas" nach dem Modell des Konvents (Dok. CONV 15/02) an.

Während der Beratungen über dieses Dokument konnte auf verschiedene Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit dem Verfahren zur Auswahl der Jugendlichen, die an diesem Konvent teilnehmen sollen, näher eingegangen werden. Mehrere Redner hoben hervor, dass es notwendig sei, transparente und objektive Auswahlverfahren festzulegen und ein Gleichgewicht zwischen den Vertretern der verschiedenen Teile der Gesellschaft und den unterschiedlichen Standpunkten über die europäische Integration herzustellen.

Der Vorsitzende hob hervor, dass das beschlossene Auswahlverfahren ein solches Gleichgewicht gewährleiste und die Aussprache zwischen den Jugendlichen so frei wie möglich sein müsse. Was den Ablauf der Diskussionen dieses Jugendkonvents anbelangt, so erklärte er, dass ein Präsidium und ein Berichterstatter eingesetzt würden, die von dem "Jugendkonvent" zu benennen seien; Aufgabe des Berichterstatters sei es, dem Konvent über die Arbeiten des Jugendkonvents zu berichten. Die Frage der Kontakte zu den Jugendlichen im Anschluss an den Jugendkonvent solle später geprüft werden.

IV. Sonstiges

Einsetzung von Arbeitsgruppen

Zu den Anträgen der Mitglieder des Konvents auf die baldmöglichste Einsetzung von Arbeitsgruppen erklärte der Vorsitzende, dass das Präsidium diese Frage zurzeit prüfe und insbesondere Überlegungen zu den Themen anstelle, die in diesen Gruppen bearbeitet werden könnten.

Nächste Tagung

Der Vorsitzende stellte zum Abschluss der Tagung fest, dass die Tagung des Konvents am 23. und 24. Mai sich mit der Ausübung der Aufgaben der Europäischen Union unter dem Aspekt sowohl der Legitimität als auch der Effizienz befassen werde. Auf dieser Tagung könne somit die Frage der Zuständigkeiten der Union und des Instrumentariums zur Ausübung dieser Zuständigkeiten eingehender erörtert werden.

- Rednerliste in der Reihenfolge der Beiträge

Plenartagung vom 15./16. April 2002

REDNERLISTE

Montag, 15. April

1. H. Andrew DUFF - Vereinigtes Königreich (Europäisches Parlament)
2. Fr. Ayfer YILMAZ - Türkei (Parlament)
3. H. Pierre MOSCOVICI - Frankreich (Regierung)
4. H. John BRUTON - Irland (Parlament)
5. H. Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)

Blaue Karten : Duhamel, Fayot, Van der Linden, McAvan, MacCormick

6. H. Alain LAMASSOURE - Frankreich (Europäisches Parlament)
7. H. Hans van MIERLO - Niederlande (Regierung)
8. H. Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)
9. H. Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)
10. H. Alfred SANT - Malta (Parlament)

Blaue Karten : Voggenhuber, Maij-Weggen Stuart, Belohorská, Muscardini

11. H. Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
12. H. Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
13. H. Alain BARRAU - Frankreich (Parlament)
14. H. Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
15. H. Jozef OLESKY - Polen (Parlament)

Blaue Karten : Borrell Fontelles, Spini, Bonde

16. Fr. Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
17. H. Soren LEKBERG - Schweden (Parlament)
18. H. Michel BARNIER - Kommission
19. Fr. Inese BIRZNIECE - Lettland (Parlament) * Stellvertreterin von H. INKENS
20. H. Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
21. H. Mesut YILMAZ - Türkei (Regierung)
22. H. Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)

23. H. Gianfranco FINI - Italien (Regierung)
24. H. Olivier DUHAMEL - Frankreich (Europäisches Parlament)
25. Fr. Eleni MAVROU - Zypern (Parlament)

Blaue Karten : Barrau, Tajani, MacCormick, Giscard d'Estaing, Palacio.

26. H. Henrik Dam KRISTENSEN - Dänemark (Parlament)
27. H. Michael FRENDÖ - Zypern (Parlament)
28. H. Joao de VALLERA - Portugal (Regierung)
29. Fr. Renée WAGENER - Luxemburg (Parlament) * Stellvertreterin von H. HELMINGER
30. H. Reinhard Eugen BÖSCH - Österreich (Parlament)
31. H. Roberts ZILE - Lettland (Regierung)

Blaue Karten : Muscardini, Rack, Palacio, Medalinskas, Katiforis.

32. H. Mimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
33. Fr. Nelly KUTSKOVA - Bulgarien (Regierung) * Stellvertreterin von Fr. Meglena KUNEVA
34. H. Georges JACOBS - UNICE (europäische Sozialpartner, Beobachter)
35. Fr. Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)
36. H. René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
37. H. Jacques SANTER - Luxemburg (Regierung)

Blaue Karten : Wuermeling, Katiforis, Palacio

38. H. Alvydas MEDALINSKAS - Litauen (Parlament)
39. H. Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
40. H. Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)
41. H. Han van BAALEN - Niederlande (Parlament) * Stellvertreter von H. Frans TIMMERMANS

42. Mr Puis HASOTTI - Rumänien (Parlament)
43. H. Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
44. H. Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)
45. Fr. Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
46. H. Peter GLOTZ - Deutschland (Regierung)
47. H. William ABITBOL - Europäisches Parlament * Stellvertreter von H. BONDE

Blaue Karten: Muscardini, Carnero Gonzalez, Borrell Fontelles, Van der Linden, Leenmarker, Palacio.

48. H. David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)
49. H. Panayotis DEMETRIOU - Zypern (Parlament)
50. H. Matjaz NAHTIGAL - Slovenien (Regierung)

Blaue Karten: Birzniece, Duff, Van Lancker, Duhamel, Heathcoat-Amory.

Plenartagung vom 16. April 2002

REDNERLISTE

Dienstag, 16. April

1. H. Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament) * Stellvertreter von H. MAIOR
2. H. Ray McSHARRY - Irland (Regierung)
3. H. Lamberto DINI - Italien (Parlament)
4. H. Neil MacCORMICK - Europäisches Parlament * Stellvertreter von H. VOGGENHUBER
5. H. Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)

Blaue Karten : Wuermeling, Katiforis

6. H. Valdo SPINI - Italien (Parlament) * Stellvertreter von H. FOLLINI
7. H. Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
8. H. Matti VANHANEN - Finnland (Parlament)
9. Fr. Evelin LICHTENBERGER -Österreich (Parlament)
10. H. Huber HAENEL - Frankreich (Parlament)
11. H. Pavol HAMZIK - Slowakei (Parlament)

Blaue Karten : Heathcoat-Amory, Fayot, Rack, Bonde

12. Fr. Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
13. H. Peter GOTTFRIED - Ungarn (Regierung) * Stellvertreter von H. MARTONYI
14. Fr. Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)
15. H. Klaus HAENSCH - Europäisches Parlament
16. H. Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)
17. Fr. Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament
18. H. Caspar EINEM - Österreich (Parlament)
19. H. Louis MICHEL - Belgien (Regierung)
20. Fr. Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament * Stellvertreterin von McAVAN
21. H. Antonio VITORINO - Kommission
22. Fr. Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament

Blaue Karten : Palacio, Duff, Thorning-Schmidt

23. H. Ali TEKIN - Türkei (Parlament)
24. Fr. Hildegard PUWAK - Rumänien (Regierung)
25. H. Elio DI RUPO - Belgien (Parlament)
26. Fr. Ana PALACIO - Spanien (Regierung)

27. H. Jan KAVAN - Tschechische Republik (Regierung)
28. H. Josep BORRELL FONTELLES - Spanien (Parlament)
29. H. Alberto COSTA - Portugal (Parlament)
30. H. Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
31. Fr. Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
32. H. Tunne KELAM - Estland (Parlament)
33. H. Joachim WUERMELING- Deutschland (Europäisches Parlament) * Stellvertreter von
H. E. BROK

Nummer 2 der Tagesordnung

H. Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament

Ms Lena HALLENGREN - Schweden (Regierung) * Stellvertreterin von HJELM-WALLÉN

H. Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament

H. Valdo SPINI - Italien (Parlament) * Stellvertreter von H. FOLLINI

Fr. Helle THORNING-SCHMIDT - Europäisches Parlament * Stellvertreterin von H. MARINHO

H. Alvydas MEDALINSKAS - Litauen (Parlament)

*Blaue Karten : Martikonis, Palacio, Maij-Weggen, Tomlinson, Carnero Gonzalez, Farnleitner,
MacCormick, Bonde.*

Nummer 3 der Tagesordnung

H. Andrew Nicholas DUFF - Europäisches Parlament

Fr. Irena BELOHORSKÁ - Slowakei (Parlament)

H. Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament

H. Alvydas MEDALINSKAS - Litauen (Parlament)